



Klarer Auftrag, den Weg für Rot-Rot-Grün weiterzuführen

Die Fraktion DIE LINKE konstituierte sich und wählte einstimmig Bodo Ramelow zum Fraktionsvorsitzenden

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag mit ihren insgesamt 28 Abgeordneten hat sich am 26. September konstituiert und ihren (vorläufigen) Vorstand bestimmt. Einstimmig wurden Bodo Ramelow zum Fraktionsvorsitzenden, Margit Jung als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und André Blechschmidt als Parlamentarischer Geschäftsführer gewählt. Damit ist eine Empfehlung der Landespartei bestätigt worden.

Nach der Wahl hatte Bodo Ramelow sich bei der Fraktion für das große Vertrauen bedankt und die Konstituierung und die Wahl des Fraktionsvorstandes als „klares Signal der Geschlossenheit“ gewertet.

„Dies ist ein eindeutiger Auftrag, den eingeschlagenen Weg der Gespräche für Rot-Rot-Grün in Thüringen weiterzuführen“, sagte der Fraktionsvorsitzende und betonte: „Dieses Ergebnis zeigt auch, dass die Fraktion zu 100 Prozent hinter dem Ziel steht, die CDU in die

lich am 14. Oktober stattfindenden konstituierenden Landtagssitzung, so der Thüringer Landeswahlleiter Günter Krombholz, der wegen der Unterschriften für die Mandatserklärung in den Käte-Duncker-Saal der Linksfraktion gekommen war.

Am 25. September hatte der Landeswahlausschuss getagt und das endgültige amtliche Wahlergebnis veröffentlicht, das „punktgenau das am Wahltag, 14. September, 22.47 Uhr verkündete vorläufige Ergebnis widerspiegelte“, wie der Landeswahlleiter stolz betonte. „Die 30.000 Wahlhelfer vor Ort haben eine super Arbeit im Super-Wahljahr geleistet“, sagte Krombholz und erinnerte daran, dass erst am 25. Mai Europawahl und Kommunalwahlen in Thüringen stattgefunden hatten.

Das endgültige amtliche Ergebnis der Landtagswahl

Um das endgültige amtliche Ergebnis der Landtagswahl 2014 in Thüringen noch einmal zu vergegenwärtigen:

Kati Grund (r.) - neu in der Linksfraktion, wie auch Rainer Kräuter (im Foto links) - bei ihrer Unterschrift zur Mandatserklärung gegenüber Landeswahlleiter Günter Krombholz (Bildmitte), der mit einer Kollegin in die Fraktion im Landtag gekommen war.



Opposition zu schicken. Wir wollen gemeinsam Verantwortung übernehmen, dazu sind wir jetzt wieder einen Schritt vorangegangen.“

Die CDU erreichte 33,5 Prozent und 34 Sitze, DIE LINKE 28,2 Prozent und 28 Sitze, die SPD 12,4 Prozent und 12 Sitze, die AfD 10,6 Prozent und 11 Sitze, Bündnis 90/Die Grünen 5,7 Prozent und 6 Sitze.

Die FDP kam nicht wieder in den Thüringer Landtag, sie erreichte lediglich 2,5 Prozent. Damit bleibt es für sie bei bisher nur zwei Legislaturperioden, nachdem die FDP 1990 in den ersten Thüringer Landtag eingezogen und sogar zusammen mit der CDU an der Landesregierung beteiligt war, und ihr 2009 nach 15 Jahren erstmals wieder der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde (sogar mit 7,6 Prozent) gelungen war.

Die NPD blieb mit 4,6 Prozent auch diesmal draußen.



Am Rande der konstituierenden Sitzung der Fraktion DIE LINKE in der 6. Legislatur des Landtags entstand am 26. September dieses Foto mit den neu gewählten Abgeordneten - lediglich Katharina König fehlte, da sie sich mit einer Reisegruppe der Jungen Gemeinde Jena zu Besuch in Israel befand. Im Foto von links unten: Margit Jung, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender, Torsten Wolf, Sabine Berninger, Anja Müller, Dr. Johanna Scheringer-Wright, Katja Mitteldorf, Ralf Kalich, Mike Huster, Ute Lukasch, Ina Leukefeld, Dr. Birgit Klaubert, Christian Schaft, Kati Grund, Dieter Hausold, Karola Stange, Dr. Gudrun Lukin, Diana Skibbe, Knut Korschewsky, Jörg Kubitzki, Steffen Dittes, Susanne Hennig-Wellsov, Frank Kuschel, Steffen Harzer, Rainer Kräuter, Tilo Kummer, André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer.

Dank an die 30.000 Wahlhelfer in Thüringen: „Super Arbeit im Super-Wahljahr 2014“

Vor der konstituierenden Sitzung der Fraktion hatten die LINKE-Abgeordneten, die nicht über ein Direktmandat, sondern über die Landesliste in den Landtag gewählt wurden, ihre Mandatserklärung zur Landtagswahl 2014 unterschrieben. Die neun Abgeordneten der LINKEN mit einem Direktmandat (siehe auch S.9) hatten dies zuvor schon in ihren Wahlkreisen getan. Mitglieder des Thüringer Landtags sind die Abgeordneten mit der voraussicht-

Unerhörte Missachtung der MieterInnen

„Die Ankündigung des Vorstandsvorsitzenden des Hamburger Wohnungskonzerns TAG, Rolf Elgeti, die erst vor zwei Jahren gekauften 11.000 ehemals bundeseigenen TLG-Wohnungen in Ostdeutschland fast zum Doppelten dessen, was der Bundesfinanzminister seinerzeit eingenommen hat, zu verkaufen, zeigt eine unerhörte Missachtung der MieterInnen“, so die LINKE-Abgeordnete Ute Lukasch. Auch in Eisenach, Gotha, Arnstadt, Erfurt, Jena und Gera sind Wohnungen betroffen. Elgeti vertritt die Aktiengesellschaft, der die Bundesregierung mit einem ‚Share Deal‘ die Grunderwerbssteuer von immerhin rund 23 Millionen Euro geschenkt und mit der sie eine angeblich wasserdichte Sozialcharta für die Mieter ausgehandelt hatte.

„Werden nun ihre Wohnungen erneut verscherbelt zu einem Preis, der gar nichts anderes zulässt, als Entmietung und Luxussanierung?“, fragt Ute Lukasch. Die Abgeordnete verweist auch auf das Insolvenzverfahren der Stadtwerke Gera und den dabei anstehenden Verkauf von 7.000 Wohnungen der GWB „Elstertal“. „Alle Versuche, die GWB für die Stadt und die Mieter zu erhalten, wurden durch die Ignoranz der alten Landesregierung verhindert. Es besteht die Gefahr, dass Wohnungen wieder zu reinen Renditeobjekten werden.“ ■

Neuordnung der Abgeordnetenentlohnung

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag haben in ihrer Sitzung am 1. Oktober beschlossen, „dass wir auch in der neuen Wahlperiode alle unsere bisherigen Reformvorhaben in den Bereichen Abgeordneten-, Parlaments- und Beamtenrecht erneut mit allem Nachdruck auf die Agenda setzen werden“, erklärten die Abgeordneten André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer, und Knut Korschewsky nach der Fraktionssitzung.

„Dazu gehören vor allem die von Anfang an und wiederholt von PDS bzw. dann LINKE geforderte Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung und eine grundlegende Reform des Abgeordnetenrechts hin zu einer Eingliederung von Abgeordneten in bestehende gesetzliche Krankensysteme und vor allem Rentenversicherungssysteme und der Wegfall von steuerfreien Aufwandspauschalen“, betonte André Blechschmidt.

Die Linkspartei hatte schon im Jahr 2006 dazu einen weitgehenden Reformantrag in den Thüringer Landtag eingebracht, der aber bei den anderen Fraktionen auf keine Gegenliebe gestoßen war, obwohl sich zur damaligen Zeit das Land Nordrhein-Westfalen bereits in der Umsetzung einer entsprechenden Reform befand. Statt wie bis-

her sollen die Abgeordneten nach den Reformvorstellungen der LINKEN im Landtag ihre mandatsbedingten Aufwendungen als Werbungskosten beim Finanzamt geltend machen. Die Reform würde auch bedeuten, dass Abgeordnete zukünftig Beiträge in die Sozialversicherung bzw. ein gesetzliches Versorgungswerk einzahlen und wie andere gesetzlich Versicherte Rentenpunkte für ihre Mandatszeit erwerben. Eine entsprechende Modifizierung der Abgeordnetenentschädigung würde die Finanzierung aller mandatsbedingten Verpflichtungen und des Lebensunterhalts aus einem voll steuerpflichtigen Einkommen bedeuten.

Reformpaket der Linksfraktion mit Verbot der Zahlung von Funktionszulagen

„Damit wird die Struktur der Abgeordnetentalentierung und Abgeordnetenversorgung an die der ‚Normalbürger‘ angeglichen und die Mandatsausübung wird durch Nachweispflichten gegenüber dem Finanzamt auch transparenter“, so LINKE-Abgeordneter Knut Korschewsky. Er unterstrich, dass zu dem Reformpaket der LINKE-Fraktion für die neue Wahlperiode auch die Verankerung des Verbots der Zahlung von so genannten „Funktionszulagen“ aus der Fraktionskasse im Thüringer Abgeordnetengesetz gehört.

„Es gibt seit 2000 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thüringer Abgeordnetenrecht mit dem klaren Verbot von ‚finanziellen Hierarchien‘ unter Abgeordneten, das in Thüringen endlich umfassend und wirksam umgesetzt werden muss“, betonte André Blechschmidt, der in diesem Zusammenhang darauf verwies, dass die PDS- bzw. LINKE-Fraktion noch nie solche Funktionszulagen gezahlt hat.

Unterstützung durch den Steuerzahlerbund

Abschließend kündigte LINKE-Abgeordneter Knut Korschewsky an, dass die Fraktion auch ihren Gesetzentwurf aus der vergangenen Wahlperiode wieder aufgreifen wird, der die Abschaffung der politischen Beamten, die Abschaffung der zeitlich vorgezogenen Beamtenpension und die Verhinderung von Doppelzahlungen an aktuelle und ehemalige Amtsinhaber in Thüringen vorsieht.

Knut Korschewsky merkte in diesem Zusammenhang an, „dass sich die LINKE nicht nur bezogen auf die Themen Reform des Abgeordnetenrechts und Abschaffung der politischen Beamten über die Unterstützung des Thüringer Steuerzahlerbundes freut, sondern auch in Sachen Verwaltungs- und Gebietsreform.“ ■

Bedrohung durch Rocker und Neonazis in Saalfeld

Am 30. August wurden Katharina König und weitere Unterstützer bei einem LINKE-Infostand von mehreren Neonazis und Rockern bedroht, von denen einer komplett vermmummt und mit einer Metallkette ausgerüstet war (s. Foto). Bis zu zehn Personen könnten an diesem Vorfall beteiligt gewesen sein, die Polizei hat mindestens vier Tatverdächtige ermittelt. Der Fall wurde an die besondere Aufbauorganisation „Zesar“ beim Landeskriminalamt Thüringen abgegeben.

„Inzwischen wissen wir, dass gegen maßgebliche Akteure dieser Bedrohungsaktion ein Parallelverfahren läuft, sie sollen illegal eine Ceska-Schusswaffe angeschafft bzw. untereinander verkauft haben. Mit einer Waffe vom selben Hersteller wurde auch die NSU-Mordserie begangen“, informierte die LINKE Abgeordnete Katharina König.

Das Informationsportal „blick nach rechts“ (bnr) berichtete am 1. Oktober über ein Verfahren der Staatsanwaltschaft Gera wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz. Dieses geht u.a. auf Ermittlungen der „Sonderkommission Feuerball“ zurück, die im Jahr 2010 über einen mutmaßlich geplanten Brandanschlag auf ein u.a. von Katharina König mitbenutzten Reisebus ermittelte. In Folge der Ermittlungen haben

sich über Jahre zwei Personen herauskristallisiert: der ehemalige Saalfelder NPD-Direktkandidat Steffen Richter und der Saalfelder Rocker Renaldo B.

Richter soll in einer Vernehmung gestanden haben, von Renaldo B. die Ceska angeboten bekommen zu haben. B., der zeitweise Anhänger von zwei „Hells-Angels“ Unterstützer-Clubs in Saalfeld war, habe später bei der Befragung durch Polizisten geäußert, dem ehemaligen NPD-Kandidaten die Ceska, Modell CZ 1924 mit Munitionsgröße 9 mm, weitergegeben zu haben, um damit 500 Euro Schulden auszugleichen. Im Jahr 2011 hätten die Ermittler dann Hinweise erhalten, wonach Steffen Richter die Waffe für 1.000 Euro inklusive Munition in der Neonazi-Szene zum Verkauf anbiete.

Im Mai dieses Jahres ist von der Staatsanwaltschaft Gera Anklage wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz erhoben worden, zuständig ist das Amtsgericht Pößneck. „Die Bedrohung in Gorndorf einige Monate später wurde wahrscheinlich von Richter initiiert“, sagt Katharina König mit Blick auf den Vorfall Ende August. „Steffen Richter erschien als erster und drohte mit den Worten: ‚Das ist der falsche Kiez, verpisst euch, sonst kommt Unterstützung und wir klären das wie in den 90er Jahren.‘ Über Handy wurden weitere Personen aus Rocker- und Neona-

zi-Szene verständigt die innerhalb weniger Minuten eintrafen und den Stand einkreisten.“ Katharina König wurde auffordert, ihre Arbeit gegen Neonazis einzustellen. „Wie wir durch eigene Nachforschungen mittlerweile feststellen konnten, handelt es sich bei dem martialisch auftretenden Rocker in Schwarz mit Vollvermummung und Metallkette um den Ceska-Beschaffer Renaldo B.“, so die Abgeordnete.

Bemerkenswert sei auch, dass die Fahnder im Rahmen von Observations- und Überwachungsmaßnahmen in dem Fall gegen Steffen Richter auch Treffen bzw. Kontaktaufnahmen zum Altenburger „Hammerskin“-Funktionär Thomas Gerlach (Zeuge im NSU-Prozess) feststellten. Aus den Akten gehe hervor, dass Richter im Dezember 2011 - wenige Wochen nach der NSU-Selbstenttarnung - auf dem Weg nach Altenburg am Bahnhof Jena-Göschwitz Halt machen sollte, um dort Geld entgegen zu nehmen; vermutlich für den zu diesem Zeitpunkt frisch verhafteten mutmaßlichen NSU-Helfer Ralf Wohlleben.

Das Geld würde, so hieß es damals, ein Neonazi aus Kahla liefern. Dieser sitzt seit den Kommunalwahlen in diesem Jahr für die NPD im Stadtrat Kahla. „Die bewaffneten und gewalttätigen Verbindungen zwischen NPD, Neonazis und organisierter Kriminalität füh-



ren noch einmal deutlich vor Augen, welches Gefahrenpotential in dieser gefährlichen Misch-Szene steckt“, betont Katharina König.

Für die neue Wahlperiode im Thüringer Landtag erneuert die LINKE-Politikerin die Forderung, wonach die BAO „Zesar“ weiter ausgebaut und unterstützt werden müsse, ebenso wie Initiativen aus der Zivilgesellschaft, um die Arbeit gegen neonazistische Gewalt und rechte Strukturen weiter zu stärken. Katharina König bedankte sich abschließend bei der Polizei, insbesondere der LPI Saalfeld, für die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen bei weiteren Veranstaltungen im Landtagswahlkampf nach dem Vorfall in Gorndorf. ■

„Ich gehe mit ziemlicher Freude in diese Arbeit“

NACHGEFRAGT bei Christian Schaft, jüngster Abgeordneter im Thüringer Landtag

Wenige Tage bevor jetzt Christian Schaft – mit 23 Jahren der jüngste Abgeordnete im neuen Thüringer Landtag – seine Mandatserklärung unterzeichnete, hat er seine Masterarbeit abgeschlossen und abgegeben. Es war für ihn in diesen Sommerwochen eine anstrengende Gratwanderung zwischen der Arbeit am Schreibtisch und dem Wahlkampf in Thüringen. Wir haben uns für den Parlamentsreport vor der Konstituierung der Fraktion DIE LINKE am 26. September erkundigt, wie es ihm nun geht.

Vieles ist nun neu für mich, erstmal muss ich mich orientieren und auch noch ein bisschen realisieren, dass ich jetzt dem Thüringer Landtag angehöre. Ich gehe mit ziemlicher Freude in diese Arbeit, kann ich doch sozusagen mein Hobby zu meinem Beruf machen.

Deine Studienrichtung und das Thema Deiner Masterarbeit passen ja bestens dazu...

Ja, das stimmt, ich habe an der Universität Erfurt Kommunikationsforschung mit dem Schwerpunkt Politik studiert. Thema meiner Masterarbeit war „Die politische Ohnmacht von sozialen Protestbewegungen im Neoliberalismus“.

Du hast Dich ja bereits vielfältig politisch engagiert, warst vier Jahre im Gemeinderat Deines Heimatortes Barchfeld-Immelnborn, bist Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN im Wartburgkreis, und mancher hier in Erfurt erinnert sich noch, wie Du bei den Studierenden-Protesten im Dezember vorm Finanzministerium vor 4.000 Leuten gesprochen hast. Also, von wegen Ohnmacht!?

Der Titel meiner Masterarbeit war natürlich bewusst etwas provozierend. Sicherlich haben Protestbewegung und außerparlamentarische Gruppierungen verschiedene Möglichkeiten,

um auf politische und auch vor allem parlamentarische Prozesse Einfluss nehmen zu können. Das konnte ich ja selber auch erfahren. Ich war fast zwei Jahre Sprecher der KTS, der Konferenz Thüringer Studierendenschaften, dem Zusammenschluss aller neun Thüringer Studierendenvertretungen. Dass sich jetzt Rot-Rot-Grün bei den Sondierungsverhandlungen u.a. auf einen Ta-

Ich bin ja auch seit längerem als Beisitzer im Vorstand des Thüringer Flüchtlingsrates aktiv – ein Themenbereich, der mir ebenfalls besonders wichtig ist. Mit einer Rot-Rot-Grünen Landesregierung in Thüringen könnten wir sicherlich auch endlich eine wirkliche „Willkommenskultur“ entwickeln – mit dem dringend notwendigen Wandel hin zu einer humanitären Flüchtlings-



rifvertrag für studentische Hilfskräfte an den Hochschulen verständigt hat, finde ich schon sehr begrüßenswert, dies war beispielsweise auch eine Forderung der KTS. Aber es muss an den Thüringer Hochschulen weitere Veränderungen geben. Die in diesem Jahr vom Landtag beschlossene Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes reicht bei weitem nicht aus – denn es muss um mehr gehen als nur die Verwaltung des Status quo, auch was die Hochschulentwicklungsplanung betrifft.

Welche weiteren Themen sind Dir wichtig?

Als VertreterInnen des Jugendverbandes der LINKEN, für den ich ebenso wie Kati Grund auf die Landesliste der LINKEN und in den Landtag gewählt wurde, wollen wir uns auch besonders um den Bereich der Jugend- und Ausbildungspolitik kümmern. Ein landesweites Auszubildendenticket wäre zum Beispiel mit Rot-Rot-Grün sicherlich durchsetzbar und auch so ein wichtiges Signal für eine Thüringer Fair-Änderung.

Wir wünschen Dir einen guten Start und viel Erfolg für Deine politische Arbeit. Für die Beantwortung der Fragen dankt Annette Rudolph.

VON A BIS Z:

Zwangsverrentung

Mit Blick auf erfolgreiche Widerprüche gegen Zwangsverrentung durch die Jobcenter sagt MdL Karola Stange: „Wer sich nicht wehrt, hat mit Einbußen an seinen erworbenen Ansprüchen zu rechnen.“ In einem Urteil (v. 21.02.2014) des Sozialgerichts Dresden (Az.: S28 AS 567/14 ER), wurde festgestellt, dass die Jobcenter vor einer entsprechenden Aufforderung das zukünftige Rentenniveau der Betroffenen zu prüfen hätten. Offensichtlich lässt dies auch in aktuellen Fällen, die Karola Stange aus ihrer Bürgersprechstunde kennt, die Jobcenter nicht länger unbeeindruckt. Umso unverschämter sei die Antwort des Thüringer Wirtschaftsministeriums auf ihre Kleine Anfrage. „Obwohl seit einem Jahr die Zwangsverrentung wirkt, gibt sich das Wirtschaftsministerium ahnungslos und sagt, die von mir beschriebene Presseinformation sei nicht identifizierbar, gleichzeitig wird sie in der Fußnote ausgewiesen. Für mich ist das ein unhaltbarer Zustand, wie sowohl mit den Bürgerinnen und Bürgern als auch den Abgeordneten umgegangen wird.“ Für Karola Stange steht deshalb fest, welche Schlussfolgerungen aus dem Scheitern der Zwangsverrentung im SGB II zu ziehen sind. „Der § 12a (2) SGB II muss im Rahmen der anstehenden Novellierung des Sozialgesetzbuchs ersatzlos gestrichen werden. Menschen gegen ihren Willen in die Rente zu schicken, um in erster Linie die Arbeitsmarktstatistik zu schönen, muss endlich der Vergangenheit angehören“, erklärte die Sozialpolitikerin. ■

WICHTIGE TERMINE

Konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags:

Die konstituierende Sitzung des neu gewählten Thüringer Landtags in seiner 6. Legislaturperiode findet aller Voraussicht nach am Dienstag, dem 14. Oktober, statt. Zu Redaktionsschluss am 6. Oktober war der Termin noch nicht bekannt gegeben. Der Landtag muss sich aber innerhalb von 30 Tagen nach dem Wahltermin, dies war der 14. September, konstituieren haben.

Entsprechende Fristen für die Wahl des neuen Thüringer Ministerpräsidenten und die Bildung der Landesregierung gibt es nicht.

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de

Werraversalzung

Mit dem Vier-Phasen-Plan zur Salzabwasserentsorgung an der Werra bricht die hessische Landesregierung ihr Versprechen, die Versenkung von Salzabwässern in den Untergrund 2015 zu beenden. „Eine weitere Versenkung bis 2021 bedeutet die weitere Versalzung des Werraltals und eine massive Beeinträchtigung des Grundwassers der gesamten Region“, so MdL Tilo Kummer, der auch von einem Verstoß von K+S und der hessischen Landesregierung gegen die Wasserrahmenrichtlinie der EU spricht. Völlig unverständlich sei zudem die Ignoranz Hessens in Bezug auf das von der Thüringer Firma K-utec vorgeschlagene Verfahren zur stofflichen Verwertung der Kaliabwässer. ■

Ausstellung

Noch bis zum 17. Oktober wird im Foyer des Thüringer Landtags in Erfurt die Ausstellung „Wassili Kossjakow - Hervorragender Architekt Russlands“ gezeigt. Im Rahmen des kulturellen Austauschs zwischen Rußland und Deutschland macht die Ausstellung auf das Erbe des von 1862 bis 1921 in St. Petersburg lebenden Architekten anlässlich seines 150. Geburtstages aufmerksam. Kossjakow hat bedeutende öffentliche und sakrale Bauwerke in Rußland geschaffen. Vielseitig wie kaum ein anderer hat er die russische Geschichte auch als Künstler, Ingenieur, Wissenschaftler und Pädagoge geprägt. Die Ausstellung ist außer an Plenartagen werktags in der Zeit von 8.00 bis 18.00 Uhr zu sehen. ■

Tourismus

Die Initiative der Thüringer Tourismus GmbH (TTG), die Kongress-, Event- und Veranstaltungsbranche als ein Standbein des Tourismus weiterzuentwickeln, hat MdL Knut Korschewsky begrüßt. Zugleich gab er zu bedenken: „Bei allen Bemühungen, Thüringen als Tagungs- und Kongressland attraktiver und nachhaltiger zu gestalten, darf der ländliche Raum nicht vergessen werden. Gerade wenn es um nachhaltiges Tagungs- und das Thema ‚Green Meetings‘ in den Vordergrund gestellt werden soll, muss nachhaltiger Tourismus in Thüringen ganzheitlich entwickelt werden, also auch im ländlichen Bereich. Dabei hat die Tourismusgesellschaft eine besondere Verantwortung.“ ■

Klar gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus

Gemeinsame Empfehlungen des (NSU-)Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags hat mit dem in der Sondersitzung am 22. August vorgelegten Abschlussbericht Maßstäbe gesetzt und sich bundesweit und auch international Anerkennung für seine gründliche und schonungslose Aufklärungsarbeit zu den Hintergründen und Verantwortlichkeiten des Entstehens des NSU-Terrorismus in Thüringen erworben. In dieser eindrucksvollen letzten Plenarsitzung hatte es fraktionsübergreifend Einigkeit gegeben, dass die Aufklärung weitergehen müsse. Maßstab für den neuen Thüringer Landtag sind dabei sicherlich die mit dem Abschlussbericht (im Abschnitt C, Seiten 1630 bis 1633) vorgelegten gemeinsamen Empfehlungen des Untersuchungsausschusses, die wir folgend dokumentieren.

C. Gemeinsame Empfehlungen des Untersuchungsausschusses

C. 1. Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und der Prävention gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus kann nicht als politisches Randphänomen oder pubertäres Zwischenstadium jugendlicher Abgetan und verharmlost werden. Rechtsextremismus findet seinen Nährboden in rassistischen Vorurteilen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auch in der Mitte der Gesellschaft. Eine starke demokratische Zivilgesellschaft ist deshalb unverzichtbar bei der Bekämpfung rechtsextremistischer menschenverachtender Ideologien, aus denen sich die Straftaten des NSU entwickelt haben.

Demokratieförderung, der Ausbau von Teilhaberechten und die Schaffung einer echten Willkommenskultur sind die wirksamsten Präventionsmaßnahmen gegen Menschenverachtung und Intoleranz. Eine Verstärkung der Unterstützung und Förderung lokaler Akteure, insbesondere auch getragen durch eine verlässliche und solide finanzielle Ausstattung, ist dafür erforderlich. Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus und gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist daher zu unterstützen und zu fördern, wozu zuvorderst Anerkennung des persönlichen Engagements durch Politik und Verwaltung zu zählen ist. Eine Kriminalisierung dieses Engagements und persönlichen Einsatzes wirkt kontraproduktiv sowie demotivierend und hat zu unterbleiben. Das aktuell in Thüringen bestehende Landesprogramm ist zu überarbeiten und als klares Landesprogramm gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu gestalten. Die Finanzierung ist zu sichern und auszubauen.

Ein wissenschaftlicher Beirat oder zumindest eine wissenschaftliche Begleitung ist zur Beratung und Unterstützung der Akteure und zur Erforschung aktueller Phänomene und Strategien des Rechtsextremismus in Thüringen sinnvoll. Rassismus muss als drängendes Problem endlich ernst genommen und gesellschaftsübergreifend thematisiert werden. Entsprechende Kampagnen sollten in Zusammenarbeit mit „People of Color“ und zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickelt werden.

Der Erkenntnis über in der Mitte der Gesellschaft verankertes rassistisches Gedankengut sollte ebenso wie dem z.T. bestehenden institutionell verankerten Rassismus begegnet werden. Die wissenschaftliche Aufarbeitung und Forschung in den Themenfeldern Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus ist dabei elementarer Bestandteil, um wirksam agieren zu können.

C. 2. Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus - Klare Grenzen setzen

Neben der Fortsetzung der Aufklärung sollte eine Enquetekommission „Rassismus“ Maßstäbe setzen und beispielsweise Vorschläge für die öffentliche Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entwickeln. Weitere mögliche Maßnahmen sind:

- die öffentliche Auseinandersetzung mit Beispielen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit;

- die Prüfung von weiteren Organisationsverboten;

- die Erarbeitung eines Handlungsleitfadens gegen kommunale „Raumergreifungsstrategien“;

- verbesserte Aussteigerangebote und -programme.

C. 3. Verbesserte demokratische und parlamentarische Kontrolle der handelnden Behörden

In einem demokratischen Rechtsstaat kann es keine kontrollfreien Räume staatlichen Handelns geben. Empfohlen wird:

- die Einrichtung einer unabhängigen Clearingstelle für Beschwerden gegen behördliches Handeln, an die sich Betroffene wie auch Mitarbeiter wenden können;

- eine ausreichende personelle und materielle Ausstattung von (parlamentarischen) Kontrollinstanzen bei gleichzeitiger Ausweitung der Kontrollrechte und Berichtspflichten.

C. 4. Notwendige Neuorganisation der Sicherheits- und Justizbehörden unter Beachtung bestehender verfassungsrechtlicher Grenzen, einschließlich der Änderung gesetzlicher Regelungen

Auch konspirativ tätige Sicherheitsbehörden haben kein Recht auf Kontrollfreiheit - sie dürfen kein „Staat im Staate“ sein, dem BürgerInnen zwangsläufig Misstrauen und Ablehnung entgegenbringen müssen. Dringend nötig ist die Entwicklung einer Fehlerkultur statt dem Festhalten an einem falsch verstandenen Corpsgeist - ein falscher Corpsgeist hat auch die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses massiv behindert. Selbstkritik und Selbstreflexion dürfen nicht als eine persönliche Schwäche begriffen werden, sondern als Zeichen und eine Möglichkeit, aus eigenen Fehlern zu lernen. In den Behörden ist ein Klima zu schaffen, in dem Mitarbeiter ermutigt werden, Kritik auch gegenüber ihren Vorgesetzten zu äußern, und in dem keine Angst besteht, dass der jeweilige Vorgesetzte die Kritik nicht annimmt und sich lediglich gestört fühlt.

C. 4. a. Verfassungsschutz

Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses sind sich einig, dass sich institutionelle Konsequenzen für das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen ergeben müssen. Keine Einigkeit besteht bei der Frage, wie diese Konsequenzen ausfallen sollen.

C. 4. b. Polizei

Im Bereich der Polizei hält der Untersuchungsausschuss folgende Maßnahmen für erforderlich:

- Verbesserung der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamten im Bereich Rechtsextremismus, insbesondere zu dessen Gewaltpotential;

- Verstärkung der Vermittlung interkultureller Kompetenz, insbesondere im Rahmen der Polizeiausbildung;

- Pflichtprüfung in allen Fällen von Gewaltkriminalität, ob die Tatmotive aufgrund der Person des Opfers in einem rassistisch, antisemitisch, homophob, antiziganistischen oder einem anderen politisch motivierten Hintergrund liegen könnten; zwingende nachvollziehbare Dokumentation der Prüfung;

- Verbesserung der Erfassung und Einordnung rechtsextrem motivierter Straftaten durch die Polizei;

- Verstärkung der Bemühungen, Menschen mit Migrationshintergrund für den Dienst in der Polizei zu gewinnen;

- Konsequente Verfolgung, Bekämpfung und Verhinderung rechtsextremer Aktivitäten und Straftaten.

C. 4. c. Staatsanwaltschaft/Justiz

Der Untersuchungsausschuss empfiehlt:

- die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaft(en) für Staatsschutzdelikte;

- die Überprüfung unaufgeklärter Delikte und Straftaten auf Bezüge zu rechtsextremen Motiven;

- die gesetzliche Verankerung menschenverachtender Tatmotive als besonderen Umstand auf der Strafzumessung in § 46 StGB;

- Eine Neudefinition fremdenfeindlicher Straftaten;

- eine Pflichtüberprüfung der durch die Polizei vorgenommenen Einordnung des Deliktes durch den befassten Staatsanwalt und ggf. mit Gründen versehene Abgabe in das vom Staatsanwalt benannte Dezernat in der zuständigen Staatsanwaltschaft, insbesondere bei Gewaltkriminalität, gemeingefährlichen Straftaten und Straftaten gegen die persönliche Ehre;

- die Verbesserung und Intensivierung der Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten im Bereich „rechtsextrem motivierter Straftaten“;

- eine angemessene Behandlung und Berücksichtigung des Bereichs „rechtsextrem motivierter Straftaten und Tatmotive“ im Rahmen der Juristenausbildung in Studium und Referendariat;

- die unbegrenzte Archivierung von Staatsschutzdelikten (Hauptstaatsarchiv).

C. 5. Verbesserung der Lage der tatsächlichen und potentiellen Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt - Opferzeugen schützen und bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen

Eine schwere Hypothek bei der Aufarbeitung des Behördenversagens im Zusammenhang mit dem NSU ist die jahrelange Suche der Täter im Kreis der Opfer und das ihren Familien damit zusätzlich zugefügte Leid. Der Untersuchungsausschuss empfiehlt:

- Stärkung und Förderung der mobilen Beratungsprogramme;

- eine adäquate Finanzierung der Beratungsstelle „EZRA“;

- eine Hinweispflicht auf spezialisierte Opferberatungsangebote analog zum Weißen Ring etwa auf EZRA durch Aushändigung ihrer Kommunikationsdaten und das Bereitstellen des jeweiligen Informationsmaterials in den Räumen der Polizei und Justiz. ■

DAS THEMA

Neun Abgeordnete mit Direktmandat

Ein besonderer Glückwunsch geht an die neun Abgeordneten - sechs Frauen und drei Männer - der Linksfraktion, die das Direktmandat gewonnen haben. Auch wenn es im Vergleich zur letzten Landtagswahl im Jahr 2009 fünf Direktmandate weniger sind, so ist doch zu konstatieren, dass diesmal der Wahlkampf in den Kreisen teilweise besonders heftig ausgetragen wurde und dass die Kandidaten der LINKEN einige bemerkenswerte Ergebnisse erzielen konnten.

Die Hochburgen der LINKEN Abgeordneten sind Gera, Suhl, Jena und Erfurt - also die größeren Städte, und mit dem überraschend von Katinka Mitteldorf, Mitarbeiterin der Fraktion, 29 Jahre, gewonnenen Direktmandat im Wahlkreis Nordhausen II (übrigens gegen die Thüringer CDU-Staatssekretärin für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Inge Klaan) kommt eine weitere wichtige Stadt hinzu. Fast ausnahmslos lagen die Wahlergebnisse der LINKEN Direktkandidaten-GewinnerInnen über den Ergebnissen für die Partei im jeweiligen Wahlkreis. Das war übrigens bei Bodo Ramelow besonders deutlich, trotzdem musste er sich in seinem (schwierigen) Wahlkreis Erfurt III mit 31,5 Prozent (fast sechs Prozent mehr als für die LINKE-Partei) Marion Walsmann, CDU, geschlagen geben.

Dieter Hausold, bei der letzten Landtagswahl bereits mit 39,6 Prozent, legte weiter zu und setzte sich diesmal mit 41,2 Prozent an die Spitze der von LINKEN Kandidaten erreichten Ergebnisse. Desgleichen Ina Leukefeld in Suhl, dabei hatte es der CDU gar nichts genutzt, dass sie ihren Landes-Finanzminister Dr. Wolfgang Voß ins Rennen schickte - er ging mit vergleichsweise mageren 29,5 Prozent nach Hause.

Dieter Lauinger, Landessprecher der Grünen, musste sich im, von André Blechschmidt gewonnenen, Wahlkreis Erfurt IV mit 6,8 Prozent zufriedener geben. Wenngleich die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Landtag, Anja Siegesmund, in ihrem Wahlkreis Jena I immerhin 15,9 Prozent errang, wurde sie deutlich von Torsten Wolf überflügelt - und vor allem ließ der bis dahin als GEW-Vorsitzende in Thüringen profilierte Bildungspolitiker den amtierenden Bildungsminister Christoph Matschie weit hinter sich. Dieser musste sich mit 15,7 Prozent begnügen, das machte die Schmach für die SPD nocheinmal besonders deutlich.

Ihr Direktmandat verteidigen konnte auch Margit Jung in Gera. Zwar hatte Birgit Diezel im Wahlkampf nichts unversucht gelassen, aber die CDU-Landtagspräsidentin musste sich geschlagen geben und ist damit auch aus dem Landtag raus. Unbedingt bemerkenswert sind auch die Gewinne von Karola Stange gegen die Thüringer Gleichstellungsbeauftragte Johanna Arenhövel (CDU) sowie von Susanne Hennig-Wellsow gegen den Generationenbeauftragten des Freistaates Thüringen Michael Panse (CDU).

A. Rudolph



Dieter Hausold - Direktmandat im Wahlkreis Gera II mit 41,2 Prozent (Christian Klein, CDU, 32,2 Prozent, Claudia Scheerschmidt, SPD, 11,1 Prozent, Günter Brinkmann, Freie Wähler, 5,9 Prozent, Regina Pfeiler, GRÜNE, 4,8 Prozent, Peter Pichl, NPD, 4,8 Prozent). DIE LINKE erhielt in diesem Wahlkreis 36,9 Prozent.



Ina Leukefeld - Direktmandat im WK Suhl/Schmalkalden-Meiningen IV mit 40,7 Prozent (Dr. Wolfgang Voß, CDU, 29,5 Prozent, Diana Lehmann, SPD, 10,1 Prozent, Christian Scharfenberg, Freie Wähler, 8,4 Prozent, Philipp Stöcklein, NPD, 5,7 Prozent, Alexander Keiner, GRÜNE, 3,8 Prozent). DIE LINKE erhielt im Wahlkreis 35,7 Prozent.



André Blechschmidt - Direktmandat im Wahlkreis Erfurt IV mit 37,1 Prozent (Andreas Horn, CDU, 27,6 Prozent, Dr. Cornelia Klisch, SPD, 19,8 Prozent, Dieter Lauinger, GRÜNE, 6,8 Prozent, Enrico Biczysko, NPD, 3,9 Prozent, Manfred Schubert, Piraten, 2,5 Prozent). DIE LINKE erhielt in diesem Wahlkreis 35,7 Prozent.



Karola Stange - Direktmandat im Wahlkreis Erfurt I mit 36,8 Prozent (Johanna Arenhövel, CDU, 29,2 Prozent, Torsten Haß, SPD, 21,7 Prozent, Patrick Borkowski, NPD, 4,9 Prozent, Robert Bednarsky, GRÜNE, 4,7 Prozent, Christian Poloczek, FDP, 2,8 Prozent). DIE LINKE erhielt in diesem Wahlkreis 34,2 Prozent.



Margit Jung - Direktmandat im Wahlkreis Gera I mit 34,5 Prozent (Birgit Diezel, CDU, 33,5 Prozent, Stephan Brandner, AfD, 14,4 Prozent, Kirsten Joachim Breuer, SPD, 8,4 Prozent, Ulrich Klethe, GRÜNE, 5,3 Prozent, Gordon Richter, NPD, 2,3 Prozent, Jörg Schmidt, Freie Wähler, 1,6 Prozent). DIE LINKE erhielt 34,4 Prozent.



Dr. Gudrun Lukin - Direktmandat im Wahlkreis Jena II mit 34,3 Prozent (Prof. Dr. Dietmar Schuchardt, CDU, 33 Prozent, Dr. Jörg Vogel, SPD, 16,3 Prozent, Olaf Möller, GRÜNE, 9,6 Prozent, Dr. Thomas Nitzsche, FDP, 4,2 Prozent, Dietmar Hafenrichter, NPD, 2,5 Prozent). DIE LINKE erhielt in diesem Wahlkreis 31,6 Prozent.



Katja Mitteldorf - Direktmandat im Wahlkreis Nordhausen II mit 32,9 Prozent (Inge Klaan, CDU, 31,3 Prozent, Andreas Wiesinger, SPD, 13,8 Prozent, Axel Haake, AfD, 8,1 Prozent, Rüdiger Neitzke, GRÜNE, 6,0 Prozent, Ralf Friedrich, NPD, 3,0 Prozent, Uwe Chour, Freie Wähler, 2,9 Prozent). DIE LINKE im Wahlkreis mit 34,9 Prozent.



Susanne Hennig-Wellsow - Direktmandat im Wahlkreis Erfurt II mit 31,0 Prozent (Michael Panse, CDU, 30,1 Prozent, Frank Warnecke, SPD, 17,9 Prozent, Astrid Rothe-Beinlich, GRÜNE, 11,8 Prozent, Frank Schwerdt, NPD, 3,1 Prozent, Alexandra Bernhardt, Piraten, 2,8 Prozent). DIE LINKE erhielt in diesem Wahlkreis 30,4 Prozent.



Torsten Wolf - Direktmandat im Wahlkreis Jena I mit 29,7 Prozent (Guntram Wothly, CDU, 25,5 Prozent, Anja Siegesmund, GRÜNE, 15,9 Prozent, Christoph Matschie, SPD, 15,7 Prozent, Wiebke Muhsal, AfD, 7,3 Prozent, Uwe Barth, FDP, 5,0 Prozent, Frank Jahn, NPD, 0,9 Prozent). DIE LINKE erhielt im Wahlkreis 29,3 Prozent.

Herzlicher Dank für engagierte Landtagsarbeit



Am Rande der ersten ordentlichen Sitzung der neuen Linksfraktion im Thüringer Landtag am 1. Oktober dankten Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow und Landesvorsitzende MdL Susanne Hennig-Wellsow den Abgeordneten der LINKEN, die nicht wieder im neuen Landtag vertreten sind, für ihre engagierte parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit. Aus Altersgründen nicht erneut angetreten waren Dr. Karin Kaschuba, sie hat dem Landtag seit 1999 angehört und sich vor allem im Wissenschafts- und Hochschulbereich einen Namen gemacht, Heidrun Sedlacik, die ebenfalls drei Wahlperioden im Landtag war und insbesondere in der Petitions- sowie Wohnungspolitik ihre Handschrift hinterließ, und Manfred Hellmann, der als

Energiewende-Politiker wirkte. Matthias Bärwolff vor zehn Jahren als 18-jähriger und jüngster Abgeordneter in den Landtag eingezogen, nimmt ein Studium auf. Dirk Möller, 2012 nachgerückt und als schulpolitischer Sprecher der Fraktion aktiv, hat nur knapp sein Direktmandat im Wahlkreis Weimar nicht erreicht. Auch Maik Nothnagel (wegen Krankheit nicht im Foto) hat leider den Wiedereinzug in den Landtag nicht geschafft, zweieinhalb Wahlperioden hat er als behinderten- und inklusionspolitischer Sprecher eine engagierte Landtagsarbeit gemacht. Er ist zudem Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ der Partei DIE LINKE und erster Landesvorsitzender des Sozialverbandes Thüringen e.V. ■

Glückwünsche zu mehrfachen Jubiläen

Die profilierte LINKE Kulturpolitikerin und Landtagsabgeordnete Dr. Birgit Klaubert zu ehren, dafür gab und gibt es in diesen Wochen mehrfache Jubiläums-Gründe - da war einmal der ganz persönliche, ihr 60. Geburtstag, den sie mit zahlreichen Gästen natürlich im Theater ihrer Heimatstadt Altenburg, in die sie vor 40 Jahren gezogen ist, feierte.

Seit der Wende vor 25 Jahren hat sich Birgit Klaubert mit wachsender Kraft und Kreativität in die Politik eingebracht, seit 1990 im Stadtrat von Altenburg (Fraktionsvorsitzende seit 20 Jahren). Jetzt wurde sie zum fünften Mal in den Landtag gewählt, dem sie nunmehr seit 20 Jahren angehört.

Damals in der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag war sie von 1995 bis 1999 Fraktionsvorsitzende. Seit 1999, also seit 15 Jahren und in drei Legislaturperioden, war Birgit Klaubert Vizepräsidentin des Thüringer Landtags.

In ihrer Biografie schreibt sie: „Meine politische Leidenschaft gilt der Kultur und der Bildung. Sie sind Voraussetzung für die Gestaltung lebendiger Demokratie. Vor diesem Hintergrund arbeite ich ehrenamtlich in mehreren Vereinen und versuche immer, parlamentarisches



Agieren mit außerparlamentarischen Aktionen zu verbinden.“ Seit vielen Jahren gehört die Landes- und Kommunalpolitikerin dem Aufsichtsrat der Theater & Philharmonie Thüringen GmbH an, zeitweise auch als Aufsichtsratsvorsitzende.

Als Motto für ihr Leben zitiert sie Wilhelm von Humboldt: „Im Grunde sind es immer die Verbindungen mit Menschen, die dem Leben seinen Wert geben.“ Und sie fügt hinzu: „Das heißt für mich: Politik nicht zum Selbstzweck zu betreiben, aufrecht durchs Leben zu gehen und Ehrfurcht vor dem Leben zu haben.“ ■

Schärfere Sanktionen sind der falsche Weg

Anlässlich des bundesweiten Aktionstages „aufRecht bestehen – Kein Sonderrecht im Jobcenter“ am 2. Oktober unterstützte Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der LINKEN, die Forderungen der Erwerbsloseninitiativen. Der Aktionstag richtete sich gegen geplante Verschärfungen der Hartz-IV-Sanktionsregelungen, wie sie nun von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe dem Bundestag zugeleitet werden. „Sanktionsverschärfungen sind der falsche Weg zu guter Arbeit für erwerbslose Menschen. Sie demotivieren und grenzen aus, gerade Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit brauchen jedoch Unterstützung und angepasste Arbeitsangebote“, betonte die Abgeordnete.

Die nun öffentlich gewordenen Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die unter dem verschleiern Titel „Rechtsvereinfachungen im SGB II“ firmieren, kassieren mit wenigen positiven Veränderungen eine lange Liste teils drastischer Rechtsverschärfungen. „Die Verlängerung des Regelbewilligungszeitraums, die Abschaffung des Sanktionssonderrechts für Unter-25jährige und einige andere gute Details dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die geplanten Veränderungen das Sanktionsregime zementieren und weiter zuspitzen. Der Vorschlag, zukünftig 50 bis 100 Euro pro vermeintliches Vergehen zu kürzen, gefährdet in vielen Fällen bewusst das Existenzminimum, dies hat auch das zuständige Bundesministerium eingeräumt. Zugleich soll es den Sanktionierten überlassen werden, Sachleistungen extra zu beantragen statt sie dann wenigstens automatisch zu gewähren. Aus meiner Sicht ist es menschenunwürdig, das Existenzminimum an mögliche Anträge auf Sachleistungen zu koppeln“, kritisierte die Arbeitspolitikerin.

„Studien des Forschungsinstituts IAB der Bundesagentur für Arbeit belegen eindrücklich, dass Sanktionen nur in wenigen Fällen zu mehr Kooperation führen, oft genug verschlimmern sie die Situation der Menschen und stürzen sie in Apathie. Deshalb bleibt die LINKE bei ihrer Forderung nach einer sanktionsfreien Mindestsicherung, die ein Leben in Würde garantiert und den Menschen, wo nötig, mit Qualifizierung, sozialer Unterstützung und öffentlich geförderter Beschäftigung unter die Arme greift, anstatt ihnen den schwarzen Peter zuzuschieben.“ ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Korpsgeist

Auch heute - ich schreibe meinen Text am 6. Oktober - sind im Neuen Deutschland (ND), der sich selbst als "sozialistisch" bezeichnenden Tageszeitung, wieder Leserbriefe zu den Sondierungsgesprächen von Linker, SPD und Grünen zur Regierungsbildung in Thüringen erschienen. Es geht in den Leserbriefen fast immer um die von den Sondierern namens ihrer Parteien getroffenen Einschätzung der DDR als Unrechtsstaat - und es sind fast alles kritische Reaktionen, meist von Leserinnen und Lesern, die ausweislich ihrer benannten Wohnorte nicht aus Thüringen stammen.

Bei der Veröffentlichung von Leserbriefen ist das ND nicht ehrlich. Mein eigener Brief vom 25. September ist (bisher?) nicht erschienen. Er bezieht sich auf einen am gleichen Tag erschienenen unverschämten Kommentar des für mehrere Ressorts verantwortlichen ND-Redakteurs Uwe Kalbe. "Bigotte Geste" hat der seine Schmähung betitelt. Er weist nicht nur den Begriff Unrechtsstaat zurück, sondern spricht der Linken aufgrund ihrer Zustimmung die Regierungsfähigkeit ab. Kalbes Kommentar atme Geist und Sprache des SED-Zentralorgans, habe ich im nicht abgedruckten Leserbrief geschrieben. Das war das ND nämlich einst. Es hatte eine Machtposition im DDR-Gefüge inne und war gleichzeitig verachtet wegen seiner unterwürfigen Hofberichterstattung.

Der von Kalbe bemühte Vorwurf der Bigotterie, der deutsche Begriff ist Scheinheiligkeit, fällt auf ihn selbst und die für Leserbriefverantwortlichen Mitarbeiter der ND-Redaktion zurück. Korpsgeist ist ihnen offenbar wichtiger als offener Umgang mit Kritik am eigenen Blatt. Das gehörte zu den Zuständen in der DDR, von denen vor 25 Jahren immer mehr Menschen deutlich machten, davon die Schnauze voll zu haben. So wie ich gerade vom ND. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.